

# **DAS RECHTSPOPULISTISCHE POTENZIAL DER «ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND»**

VON LUCIUS TEIDELBAUM

Die Frage, ob die Parteineugründung „Alternative für Deutschland“ (AfD) rechtspopulistisch ist oder evtl. noch eine solche Ausrichtung annehmen wird (das Parteiprogramm ist ja noch in großen Teilen ungeschrieben), entscheidet sich nicht unwesentlich daran, wie überhaupt Rechtspopulismus definiert wird.

## **RECHTER POPULISMUS**

Hilfreich ist es, den Begriff Rechtspopulismus in seine beiden Bestandteile aufzuspalten. Der Begriff Populismus beinhaltet laut Gerd Wiegel *„den Bezug auf die Masse der Bevölkerung, ihre Wünsche, Sehnsüchte, Bedürfnisse sollen zum Ausdruck gebracht werden.“*<sup>1</sup> Rechten Inhalten ist der primäre Bezug auf ein abgegrenztes und konstruiertes Kollektiv wie Volk, Kultur (z.B. 'christliches Abendland'), Religion gemeinsam. Extrem rechte Inhalte in Deutschland beziehen sich vor allem auf eine rassistisch definierte, völkische Identität, d.h. 'deutsch' wird unausgesprochen als weiß und herkunftsdeutsch ('deutschstämmig'), also im historisch-deutschen Kontext unter Ausschluss von Juden und Jüdinnen wie von Sinti und Roma, festgelegt.

Rechter Populismus ist verkürzt ausgedrückt nichts anderes als die populistische Vermittlung und Verstärkung rechter Inhalte. Beim Rechtspopulismus ist das populistische Element entscheidend. Denn genau hier findet sich das eigentliche Merkmal des Rechtspopulismus, es handelt sich nämlich um einen spezifischen Stil des 'Politik-Machens'. Die rechten Themen sind dabei auswählbar aus dem großen Fundus rechter bzw. von rechts aufgeladener Themen. Je nach Lage werden aus der Schatztruhe rechter Ideologeme eines oder mehrere herausgesucht und es wird versucht damit erfolgreich Politik zu machen.

Die Einschätzung, welches Thema am erfolgversprechendsten ist, bestimmt die jeweilige Gruppierung selbst. Teilweise auch die Landes- und Ortsverbände einer Gruppe. Das geht bei Parteien hin bis zum gezielten Plakatieren in bestimmten Vierteln, wo spezielle Diskussionen (z.B. über die Ansiedlung eines Flüchtlingsheims) stattfinden. Dass bestimmte Landesverbände der AfD zur Bundestagswahl verstärkt auf einwanderungsfeindliche und wohlstandschauvinistische Parolen wie *„Einwanderung braucht strikte Regeln“* oder *„Wir brauchen unsere Renten selbst!“* zurückgriffen, kann durchaus als Ausdruck eines rechtspopulistischen Stils verstanden werden.

Dass macht die AfD noch zu keiner genuin rechtspopulistischen Partei. Aber offenbar sind Teile der Partei bereit auf dieser Klaviatur zu spielen, wenn es den gewünschten Erfolg verspricht. Den Erfolg gab es dann für die AfD innerhalb Ostdeutschlands besonders in grenznahen Regionen zu Polen und Tschechien, wo es seit Jahren starke Negativ-Diskurse über 'die Polen', 'die Tschechen' und 'die Zigeuner' gibt. Der Verdacht liegt nahe, dass hier ein Zusammenhang zwischen verstärkter Plakatierung mit wohlstandschauvinistischen Parolen, regionalen rassistischen Diskursen und überdurchschnittlichen AfD-Wahlergebnissen gibt.<sup>2</sup> Auch wenn die angesprochenen regionalen Diskurse sich gar nicht gegen Einwanderer, sondern vor allem gegen Grenzgänger/innen gerichtet sind. Rassismus war aber noch nie sonderlich logisch, aus dieser Perspektive ist seinen Träger/innen kein Vorwurf zu machen.

Ähnlich verhält es sich bei der Berliner Hochburg der AfD, wo die Partei bei der Bundestagswahl im

---

1 Gerd Wiegel: Aufstieg des Rechtspopulismus auch in Deutschland?, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2013

2 Harald Biskup: Eurokritiker Alternative für Deutschland (AfD) Alternative Zone, 15.11.2013, <http://www.berliner-zeitung.de/politik/eurokritiker-alternative-fuer-deutschland--afd--alternative-zone,10808018,25043176.html>

Wahlkreis 84 (Hellersdorf-Marzahn) 9,8 Prozent der Stimmen erhielt. Auch hier könnte sich der lokale rassistisch geprägte Diskurs um ein Flüchtlingsheim positiv für die AfD ausgewirkt haben. Sogar ohne die entsprechenden Wahlplakate, die der Berliner Landesverband – zumindest offiziell – ablehnte.

## **ERFOLG FÜR DIE AfD DURCH RECHTSPOPULISMUS?**

Bei nicht eindeutig extrem rechten Parteien ist der Rückgriff auf den Rechtspopulismus letztlich eine ähnliche Kosten-Nutzen-Abwägung wie es innerhalb des Rechtspopulismus bei der Themenwahl der Fall ist. Es geht um das richtige Angebot auf eine interpretierte Nachfrage.

Eine Erfolgsgarantie ist das Aufgreifen populärer Themen von rechts aber noch lange nicht. Viele andere Faktoren spielen eine kaum weniger wichtige Rolle<sup>3</sup> für den Erfolg rechter Parteien:

- das Vorhandensein eines charismatischen Aushängeschildes (in Deutschland z.B. Franz Schönhuber bei den Republikanern und zeitweilig Ronald Schill bei der Schillpartei)
- die Abwehr rechter Glücksritter mit potenziell skandalträchtigen (Polit-)Biografien<sup>4</sup>
- flächendeckende Präsenz, im föderalen Deutschland besonders schwierig
- das Vorhandensein notwendiger Ressourcen (Finanzen, Online-Präsenz, lokale Büros als Anlaufstellen)
- das Nehmen der formalen Hürden (5%-Hürde bzw. 3%-Hürde bei der Europawahl)
- die Mobilisierung bestimmter Wählermilieus und -gruppen
- eigene Medien oder die Nutzbarmachung anderer Medien, z.B. wurde in Hamburg die Schillpartei kurz vor ihrem Wahlerfolg durch die „Morgenpost“ sehr unterstützt
- eine erfolgreiche Ausweichen oder Reagieren auf eine „Politik der Stigmatisierung“ durch Teile der Medien

Der Rechtspopulismus einer Partei muss sich nicht direkt in ihrem Programm niederlegen. Das Programm der rechtspopulistischen Kleinstpartei „Die Freiheit“ (DF) war beispielsweise weitgehend harmlos bzw. doppelbödig. Trotz kritischer Durchleuchtung fand sich nur wenig (An)Greifbares. Aber die Ausrichtung einer großen Veranstaltung von der DF mit dem niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders ist durchaus auch eine Aussage bzw. eine Ansage an ein antimuslimisch eingestelltes Klientel.

Mit ihrem Rumpfprogramm zur Bundestagswahl ähnelte die AfD der DF. Viele Punkte waren derart allgemein formuliert, dass sie mehrere Deutungen zuließen. Offensichtlich eine bewusste Taktik, um niemanden abzuschrecken und um sich bei sehr unterschiedlichen Wähler/innen-Gruppen interessant zu machen. Beispielsweise forderte die AfD auch „Volksabstimmungen wie in der Schweiz“. Für einwanderungsfeindlich und antimuslimisch eingestellte Bürger/innen haben die von der rechtspopulistischen „Schweizerischen Volkspartei“ (SVP) erfolgreich angeschobenen Volksabstimmungen gegen den Bau von Minaretten ('Minarett-Initiative') und die Ausweisung von, erstmals gegen die Gesetze in der Schweiz verstoßenden Ausländer/innen ('Ausschaffungs-Initiative') eine Vorbildfunktion. Sie werden vor allem diese Abstimmungen mit der Forderung der AfD assoziieren.

Auch andere Punkte sind durchaus von rechts interpretierbar. Lucke behauptete in Gesprächen mit der Presse die AfD sei in einigen Punkten linker als andere Parteien. Dabei verwies er gerne auf den Punkt, dass sich die AfD dafür einsetzt dass Flüchtlinge eine Arbeitserlaubnis erhalten. Diesem Punkt kann aber auch chauvinistisch interpretiert werden, nämlich dass die Asylbewerber/innen „lieber arbeiten“ sollten, anstatt „uns auf der Tasche zu liegen“, wie es am Stammtisch oft heißt. Beim Arbeiten für den 'Standort Deutschland' fällt eher zufällig das Interesse der Flüchtlinge mit dem der deutschen Staatsbürger/innen zusammen. Dazu kommt, wie Facebook-Diskussionen nahe legen, dass viele Mitglieder und Sympathisant/innen der AfD annehmen, die Mehrheit der Asylbewerber/innen seien „Asylbetrüger“ und gehörten sowieso abgeschoben. D.h. das Recht zu Arbeiten wird demnach von vielen AfD-lern sowieso nur für eine Minderheit der Flüchtlinge in der Bundesrepublik eingefordert.

## **POPULISTISCHE UND TRADITIONELLE RECHTE**

Anders als Nationalkonservative oder Neonazis sind Rechtspopulist/innen in ihrer Themenwahl flexibler. Sie passen sich nicht den wechselnden Diskursen an, sondern hoffen, dass ihre festgesetzte Agenda irgendwann einmal populär wird. Etwas verkürzt ausgedrückt: Nicht sie bewegen sich auf Stimmungen in

---

3 Alban Werner & Richard Gebhardt: Bedingt abkehrbereit. Warum es in der Bundesrepublik (noch) keine erfolgreiche rechtspopulistische Partei gibt, in: Sozialismus, 26.04.2012

4 Der Parteiforscher Jürgen Falter meinte in einem Interview, eine „Sarrazin-Partei wäre [eine] Attraktion für Spinner aller Couleur.“

der Bevölkerung zu, sondern sie hoffen das es anders herum passiert. Wobei Neonazis noch das zusätzliche Problem haben, dass die Gesetzgebung der Bundesrepublik ein offen nazistisches Agitieren einschränkt.

Die NPD bedient sich zwar häufiger eines rechtspopulistischen Stils, sie hat aber zumindest intern eine, zwar nirgendwo schriftlich fixierte und dennoch starre, nationalsozialistische Agenda. Offene Kritik am Nationalsozialismus oder das Zugeständnis, dass die Shoah stattgefunden hat, ist bei der NPD nicht möglich. Die strikt traditionsnazistischen Teile der Partei würden revoltieren und auf diese kann der ideologisch flexiblere Teil der Partei nicht verzichten.

Die gerne als „rechtspopulistisch“ klassifizierte „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ) scheint da flexibler. Besonders der Partei-Obmann H.C. Strache nutzt den Spielraum für seine Politik geschickt aus. Allerdings gibt es in der FPÖ einen dominierenden deutschnationalen Flügel, der sich vor allem aus Mitgliedern der völkischen Korporationen zusammensetzt und das Rückgrat der Partei stellt. Sowohl diesen Flügel nicht zu verärgern, als auch das 'gemeine Wahlvolk' zufrieden zu stellen, muss durchaus nicht immer dasselbe sein. Dadurch wird Straches politisches Agieren mitunter zu einem Seiltanz.

Als Strache beispielsweise die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem besuchte, gelang es ihm beide Seiten zufrieden zu stellen. Er anerkannte vorgeblich gegenüber der Öffentlichkeit die NS-Verbrechen, andererseits trug er statt einer Kippa das Käppi seiner Schülerburschenschaft und bezog sich dabei auf den Zionismus-Begründer Theodor Herzl als Verbindungsstudenten. Das Schenkelklopfen auf den Häusern der völkischen Verbindungen muss lauthin hörbar gewesen sein. Tatsächlich war Theodor Herzl, der ab 1878 in Wien Jura studierte, zwar für mehrere Jahre Mitglied der Wiener akademischen Burschenschaft Albia. Er wurde aber 1883 anlässlich eines Trauerkommers<sup>5</sup> für den verstorbenen Komponisten und Antisemiten Richard Wagner aus seiner Burschenschaft Albia ausgeschlossen, weil er Jude war. Eine Tatsache die in der korporierten Szene durchaus bekannt ist. Die korporierten Antisemit/innen in der FPÖ dürften als Eingeweihte den Scherz durchaus verstanden haben<sup>5</sup>. Dem Rest blieb die Botschaft dagegen verborgen. Es war jedenfalls nicht, wie von uneingeweihten Neonazis befürchtet der 'Kotau vor Jerusalem'. Strache wanderte nicht auf dem Pfad von Gianfranco Fini, der mit seinem Israel- und Yad-Vashem-Besuch die offizielle Transformation seiner Partei von der postfaschistischen „Movimento Sociale Italiano“ (MSI) zur rechtskonservativen Partei „Alleanza Nazionale“ (AN) symbolisch abrundete.

Je mehr Traditionsbestand es bei einer rechten Partei gibt, egal ob klerikalkonservativ oder faschistisch, umso weniger flexibel ist diese Partei. Rechte Parteien ohne solche Traditionsbestände und ohne faschistische Wurzeln können dagegen freier reagieren. Bei ihnen sind z.B. Israelfreund/innen oder bekennende Homosexuelle häufiger zu finden, weil das (gerade!) nicht gegen die aktuelle Richtung verstößt.

## **STREIT ZWISCHEN RECHTSPOPULISTISCHEN FLÜGEL UND PARTEICHEF IN DER AFD?**

Immer wieder wurde in den vergangenen Monaten über Streitigkeiten innerhalb der AfD berichtet, die zeitweise sogar ganze Landesverbände lahm legten (z.B. in Hessen oder Berlin). Die Streitigkeiten hatten neben der Konkurrenz um Macht und Einfluss scheinbar auch inhaltliche Gründe. Von den Medien wurde es teilweise so dargestellt, als müsste die Partei-Führung mit einem rechtspopulistischen Flügel bzw. in die Partei eingesickerten Rechten kämpfen. Diese Sichtweise ist verkürzt, da sie Bernd Lucke und seine Parteigänger/innen als gemäßigt darstellen. Vielmehr scheint es so, dass bestimmte Kreise in der Partei aus der AfD gerne eine Art deutsche FPÖ oder „United Kingdom Independence Party“ (UKIP) machen würden. Dafür preschten einzelne Landes-Funktionäre der AfD auch vor und trafen sich, offenbar mit der Parteiführung unabgesprochen, am 8. November mit dem UKIP-Chef Nigel Farage in Brüssel bzw. am 12. Dezember mit Vertretern der FPÖ-Abspaltung „Bündnis Zukunft Österreich“ in Wien. Offenbar wollte man mit diesen Aktionen eine offen rechtspopulistische Positionierung der AfD geradezu erzwingen. Die Protagonisten dieser Aktion hatten sich aber getäuscht. Die AfD-Funktionäre aus NRW, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, die an diesen Treffen teilnahmen, verloren ihre Posten. Lucke und Co. waren nicht gewillt sich ihre Bündnispolitik vorschreiben zu lassen.

---

5 Möglicherweise ist in diesem Fall Straches eigene Sozialisation in einer deutschnationalen Schülerverbindung hilfreich gewesen. Strache kommt aus der Mittelschülerverbindung Vandalia Wien, in deren Bundeslied es heißt: *„Wo Mut und Kraft in deutscher Seele flammen, / fehlt nie das blanke Schwert beim Becherklang... / ... Vandalen greift zum Schwert mit Sturmeswehen / Für unsern Bund in Kampf und Tod zu gehen.“*

Falsch wäre es daraus abzuleiten, Lucke wäre rechtspopulistischen Positionen generell abgeneigt. Dagegen spricht seine Klage über die „erschreckende Degeneration des Parlamentarismus“, „Entartungen der Demokratie und des Parlamentarismus“ oder seine Aussagen über Zuwanderer: „Dann bilden sie eine Art sozialen Bodensatz – einen Bodensatz, der lebenslang in unseren Sozialsystemen verharret.“ Ebenso finden sich bei Lucke antiziganistische Aussagen, etwa wenn er im Januar 2014 im Interview mit dem FOCUS beklagt: „Das Problem sind eher Randgruppen wie Sinti und Roma, die leider in großer Zahl kommen und nicht gut integrationsfähig sind“. Auch Homophobie holt er aus der Truhe mit rechtspopulistischen Bausteinen, wenn er es für sinnvoll hält. So meinte Lucke im Januar 2014: „Ich hätte es gut gefunden, wenn Herr Hitzlsperger das Bekenntnis zu seiner Homosexualität mit einem Bekenntnis verbunden hätte, das Ehe und Familie für unsere Gesellschaft konstitutiv sind.“ Homosexualität wird demnach von Lucke nur toleriert, wenn sie sich der heterosexuellen Familie als Idealtypus quasi unterwirft. So ist Lucke eher ein Teilzeit-Rechtspopulist, der einen Machtkonflikt mit AfD-Funktionär/innen für sich entschieden hat, die sich seinem strategischen Kurs nicht unterordnen wollten.

## **ELITE IM AUFSTAND**

Eine weitere Konfliktlinie verläuft zwischen großen Teilen der Parteibasis und der Parteiführung. Lucke und die bestimmenden Teile der AfD verwalten ihre Partei von oben herab. Wie Andreas Kemper in seinem Buch „Rechte Eurorebellion“ überzeugend nachgewiesen hat, ist die Gründung der AfD das Projekt einer Eliten-Fraktion, eines Teils des Establishments der vor allem mit der Wirtschafts-Politik Merkels unzufrieden ist, aber auch von Rechtskonservativen, die sich in der modernisierten Union nicht mehr wiederfinden. Nach mehreren Anläufen, u.a. einem zeitweiligen Bündnis mit den „Freien Wählern“, wurde die AfD gegründet, um diese Minderheiten-Position der bundesdeutschen Eliten zu vertreten. So verwundert es nicht, dass größere Teile der Funktionär/innen und Spitzenkandidat/innen zur Bundestagswahl aus dem gehobenen Bürgertum und dem Adel stammen.

Die Partei-Basis dagegen setzt sich aus sehr verschiedenen Strömungen und Milieus zusammen. Die AfD ist mit Blick auf ihre Basis eher eine Sammlungsbewegung – soziologisch und teilweise auch inhaltlich.

Damit entsteht ein Widerspruch, den die AfD bisher, u.a. durch Bernd Lucke als Figur der Einigkeit, überbrücken, aber nicht aufheben konnte. Die maßgeblichen Initiator/innen und Funktionär/innen der AfD sind Vertreter/innen des Großbürgertums: Adelige, neo- bzw. ordoliberalen ausgerichtete Wirtschaftsprofessoren und so genannte Mittelständler, d.h. Besitzer mittelgroßer Betriebe.

Während diese Gruppe auch die vorderen Listenplätze bei der Bundestagswahl besetzte, fanden sich auf den hinteren Plätzen dann Vertreter/innen der Partei-Basis. Offenbar wollte man auch im Fall eines Einzugs in den Bundestag nicht die Macht mit der Partei-Basis teilen.

Dabei sind beide, Basis wie Führung, aufeinander angewiesen. Die Basis braucht die Erfahrung, Kompetenz und das Renommee der Führung und die Führung braucht Fußvolk für die Wahlkämpfe. Dabei wird von der Basis wie von vielen Wähler/innen übersehen, dass ein Teil der Forderungen, die von Personen der Parteiführung vertreten werden – allerdings nur selten im Rahmen der Partei selbst – sich gegen sie selbst richten. Einzelne, aber einflussreiche AfD-Mitglieder dachten sogar laut darüber nach, Arbeitslose bzw. Nicht-Steuerzahler/innen politisch zu entmündigen. Diese Positionen aufgespürt und sichtbar gemacht zu haben, ist das Verdienst von Andreas Kemper.

Es war ähnlich wie bei Sarrazin, wo von vielen seiner Fans ignoriert wurde, dass sich dessen sozialchauvinistische und sozialstaatsfeindliche Positionen auch gegen viele sozial Benachteiligte richten, die mit Sarrazins antimuslimischem Rassismus sympathisierten.

Zwar dürfte sich die Umsetzung des neoliberalen Wirtschaftsprogramms der AfD auch sehr schädlich für Teile der AfD-Anhängerschaft auswirken, aber die außerhalb der Partei vertretenen elitär-klassistischen Positionen der AfD-Spitze sind bisher nicht direkt in die Parteiprogrammatik eingeflossen. Was nicht heißen muss, dass bei der Erringung von politischen Posten, diese Forderungen dann nicht vertreten werden könnten.

## **FAZIT: RECHTSPOPULISMUS DORT KRITISIEREN, WO ER AUFTRITT**

Letztlich ist Rechtspopulist/in, wer sich rechtspopulistisch äußert, also mit rechten Inhalten versucht rechte Stimmungen in der Bevölkerung zu erzeugen, aufzugreifen oder zu verstärken. Weil er ein Buch mit sozialdarwinistischen und antimuslimischen Inhalten im rechtspopulistischen Stil verfasst hat, ist Sarrazin auch ein Rechtspopulist, egal ob er ein SPD-Mitglied ist oder nicht. Auch ein Innenminister, der versucht sich mit rechten Aussagen zu profilieren, ist in diesen Momenten ein rechter Populist.

Beide sind zwar keine 'Vollzeit-Rechtspopulisten', wie es z.B. Vertreter/innen der 'Pro-Bewegung' sind, aber als 'Teilzeit-Rechtspopulisten' sind sie umso erfolgreicher. Sarrazin hat auch ohne eine 'Sarrazin-Partei' ganz

gut funktioniert. Er hat in Zusammenarbeit mit etablierten Medien die Grenze des öffentlichen Diskurses nach rechts verschoben und dem nichtöffentlichen Stammtisch-Diskurs angenähert. Einzelpersonen können genauso wie Parteien oder Medien diskursive Macht entwickeln. So sind z.B. bestimmte sozial-eugenische Diskurse dank Sarrazin nach Jahrzehnten des Tabus wieder diskursfähig geworden. Rechter Populismus sollte als solcher kritisiert werden, wo er auftritt. Und zwar unabhängig vom Parteibuch.

Auch die AfD agierte schon an bestimmten Stellen rechtspopulistisch, etwa wenn der Parteichef Bernd Lucke verlauten lässt: *„Dann bilden sie eine Art sozialen Bodensatz – einen Bodensatz, der lebenslang in unseren Sozialsystemen verharrt.“*<sup>6</sup>

Allerdings betreibt die AfD insgesamt mit ihrem Schwerpunkt auf einer Anti-Euro-Haltung eher eine Nationalisierung sozialer Konflikte, nicht aber eine Ethnisierung wie bei der NPD.

Hilfreich, aber nicht notwendig für den Erfolg einer rechten Partei ist ein flexibler rechtspopulistischer Stil. In Griechenland hat mit 'Chrysi Avgi' ('Goldene Morgenröte') eine Partei ohne große Abstriche an ihrem nationalsozialistischen Programm Erfolge eingefahren, ähnliches gilt für Jobbik in Ungarn.

Beide Parteien sind allerdings auch erst dadurch erfolgreich geworden, dass rechtspopulistische Formationen ihnen das Terrain bereitet haben. Jobbik ist im Windschatten der derzeitigen ungarischen Regierungspartei Fidesz gewachsen und vor 'Chrysi Avgi' hat die rechtspopulistische Partei LAOS Erfolge bei Wahlen eingefahren.

Eine der Gefahren einer dauerhaft erfolgreichen AfD ist daher auch eine Verschiebung und Öffnung des politischen Systems nach rechts. Von der AfD als Türöffner oder Durchlauferhitzer könnte eine echte extrem rechte Partei – die die AfD derzeit bei aller Kritik nicht ist – profitieren.

Auch Dieter Stein, Chefredakteur der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) betont diese Funktion der AfD und nennt es den „Anfang einer neuen politischen Arithmetik“ (JF 38-2013). Im Interview mit dem neurechten Strategieblatt „Sezession“ heißt es von Stein zu den Chancen der AfD: *„Zweitens muß es endlich – durch wen auch immer – gelingen, das Monopol der CDU zu brechen, die hauptverantwortlich dafür ist, daß jede konservative, rechte Alternative in den letzten Jahrzehnten geplant wurde. Das Brechen dieses Monopols der CDU ist von übergeordnetem Interesse.“*<sup>7</sup>

Lucius Teidelbaum, Jahrgang 1984, ist Historiker, freier Publizist und Rechercheur. Sein Fachgebiet als Publizist liegt im Bereich extreme Rechte und den anliegenden Grauzonen, wozu er immer wieder als Referent vorträgt, u.a. auch auf Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Weitere Texte zur AfD bei der RLS:

<http://www.rosalux.de/news/39892/alternative-fuer-deutschland.html>

---

6 Zitiert nach: <http://andreakemper.wordpress.com/2013/09/14/bodensatz-und-weitere-vertikalismen-der-afd/>

7 Sezession-Sonderheft „Alternativen für Deutschland“, Online-Vorveröffentlichung, 30. April 2013, [www.sezession.de](http://www.sezession.de).